



Italien vor den Wahlen

Weichenstellung in der Krise

MICHAEL BRAUN

Februar 2013

- Italien wählt inmitten der tiefsten ökonomischen und politischen Krise des Landes seit 1945. Die etablierten Parteien haben mit verbreitetem Misstrauen der Bürger zu kämpfen, das neben der Wirtschaftskrise auch aus zahlreichen Korruptionsskandalen herrührt.
- Favoritin bei den Wahlen ist die Mitte-Links-Allianz unter Pierluigi Bersani. Silvio Berlusconi gelang es jedoch im Wahlkampf mit populistischen Wahlversprechen und rüder Polemik gegen das »deutsch beherrschte Europa« seinen Rechtsblock auf wenige Prozentpunkte an die Linke heranzuführen.
- Mario Monti ist mit seinem Versuch weitgehend gescheitert, Silvio Berlusconi das Wasser abzugraben. Nach knapp einem Jahr an der Spitze seiner Expertenregierung hat seine neuformierte pro-europäische Mitte-Rechts-Allianz bestenfalls die Aussicht drittstärkste Kraft zu werden. Auf ein sehr gutes Wahlergebnis darf hingegen die »5-Sterne-Bewegung« unter Beppe Grillo hoffen, die mit europaskeptischen Tönen gegen die etablierten Parteien antritt.
- Vier Lager treten an, doch am Ende steht Italien vor der Wahl zwischen zwei Optionen:
 - einer Mehrheit der pro-europäischen Kräfte (Pierluigi Bersani und Mario Monti) oder aber
 - einem Erstarren der europaskeptischen Kräfte (Silvio Berlusconi und Beppe Grillo), mit der Konsequenz, dass die Bildung einer stabilen Regierung unmöglich wird.Im letzten Fall müsste das Land mit einem erneuten internationalen Vertrauensverlust sowie mit einer Zuspitzung der ökonomischen wie auch der politischen Krise rechnen. In der Folge stünden auch weitreichende negative Auswirkungen auf den weiteren Verlauf der Euro-Krise insgesamt zu befürchten.



Inhalt

1. Die Ausgangslage vor der Wahl: Italiens schwerste Krise seit 1945	2
2. Die politischen Lager: Pro-europäischer Stabilitätskurs oder europaskeptische Rebellion?	3
3. Vier mögliche Szenarien nach der Wahl	4
4. Fazit: Eine Wahl zwischen Stabilität im Zeichen Europas und Instabilität im Namen der Europaskepsis	4

1. Die Ausgangslage vor der Wahl: Italiens schwerste Krise seit 1945

Italien erlebte im Jahr 2012 und in den ersten Monaten des Jahres 2013 seine schwerste Rezession seit 1945. Im Sog der Euro-Krise, des Vertrauensverlustes an den Finanzmärkten und der von der EU-Kommission sowie von der EZB auferlegten Sparmaßnahmen hatte das Land noch unter der bis November 2011 amtierenden Regierung unter Silvio Berlusconi, dann in weiter verschärftem Maß unter der Expertenregierung Mario Montis zu harten Schnitten bei den staatlichen Ausgaben ebenso wie zu deutlichen Steuererhöhungen gegriffen, die sich für den Zeitraum 2012–2014 auf über 200 Milliarden Euro summierten.

Der Austeritätskurs schlug sich umgehend in einer harten Rezession nieder. Im Jahr 2012 schrumpfte das BIP Italiens um etwa 2,5 %, und auch für das Jahr 2013 wird erneutes Negativwachstum erwartet. Mit dieser Entwicklung ging ein deutlicher Wohlstandsverlust bei der Bevölkerung (beim privaten Konsum wurde im letzten Jahr ein Minus von 3,5 % verzeichnet) und der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 11 % einher. Allein im Jahr 2012 gingen mehr als 500.000 Arbeitsplätze verloren. Am stärksten betroffen sind die Jugendlichen: Die Arbeitslosenrate der 15–24-Jährigen liegt mittlerweile bei 37 %.

Zwar erlebte Italien bisher keine Massenproteste wie in Spanien und keine gewalttätigen Ausschreitungen wie in Griechenland, doch die Stimmung im Land ist von tiefem Pessimismus und großen Zukunftssorgen geprägt. Italiens Bürgerinnen und Bürger stehen deshalb am 24. und 25. Februar vor einer Krisenwahl im wahrsten Sinne des Wortes: Mit ihrem Votum befinden sie darüber, wem sie zuvorderst die Verantwortung für die Krise zuschreiben, sie befinden aber auch darüber, welchen Rezepten zur Überwindung der Krise und zur sozialen Verteilung ihrer Lasten sie am ehesten trauen.

Zugleich stimmen die Italienerinnen und Italiener in einem Klima des verbreiteten Vertrauensverlustes in die politischen Parteien ab. Eines Vertrauensverlustes, der in der gravierenden ökonomischen Krise keineswegs seine Ursache, sondern höchstens einen Katalysator gefunden hat: In Italien ist der Begriff von der »Politikerkaste« spätestens seit 2007/2008 zu einer etablierten Redewendung geworden. Hinter ihm steht die Wahrnehmung einer politischen Klasse, die sich selbst alle erdenklichen

Privilegien gewährt, egal ob es um Abgeordnetendiäten oder die üppige Finanzierung von Parteien und Fraktionen geht, und die – in unterschiedlicher Ausprägung – quer durch alle politischen Lager immer wieder in Korruptionsskandale verwickelt ist, ohne jedoch »zu liefern«.

In der Tat hat Italien in den letzten knapp 20 Jahren weder die von Silvio Berlusconis Rechtsblock (1994, 2001–2006 und 2008–2011 an der Macht) verheißene »liberale Revolution« noch die von der gemäßigten Linken (in den Jahren 1996–2001 sowie 2006–2008 an der Regierung) versprochene Modernisierung des Landes unter dem Vorzeichen sozialer Gerechtigkeit erlebt. Stattdessen prägten wirtschaftliche Stagnation, Stillstand bei der Produktivitätsentwicklung, wachsender Steuerdruck und sinkende Realeinkommen das Bild. Parallel dazu waren im politischen Raum, auf der Rechten wie auf der Linken, Koalitionen aktiv, die sich zu weitreichenden Entscheidungen unfähig zeigten und stattdessen durch Dauerstreit in der Regierung auffielen: So scheiterte zum Beispiel die gemäßigte Mitte-Links-Regierung unter Romano Prodi nach nur 18 Monaten im Januar 2008 an ihren internen Konflikten.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb in Italien als einzigem unter den südeuropäischen Krisenländern von November 2011 an zum zweiten Mal in seiner Geschichte eine reine Expertenregierung unter dem früheren EU-Kommissar Mario Monti die politische Führung übernahm. Silvio Berlusconis Vorgängerregierung, dessen Koalition im Jahr 2008 die Wahlen klar gewonnen hatte und über deutliche Mehrheiten in beiden Häusern des Parlaments verfügte, war im Angesicht der Euro-Krise spektakulär gescheitert. Doch von dieser Entwicklung hatte die Opposition keineswegs profitiert: Die gemäßigt linke Partito Democratico (PD – Demokratische Partei) verharrte in den Meinungsumfragen bei etwa 25 %. In dieser Situation erschien die Bildung der Regierung Monti, die einer in parlamentarischen Systemen ungewöhnlichen Selbstentmachtung der Parteien gleichkam und sich zugleich auf einen breiten parlamentarischen Konsens vom Berlusconi-Lager bis hin zur PD stützte, als einziger gangbarer Ausweg bis zu den Wahlen im Jahr 2013.

2. Die politischen Lager: Pro-europäischer Stabilitätskurs oder europaskeptische Rebellion?

Noch in den Urnengängen der Jahre 2006 und 2008 hatte Italien im Wesentlichen die Wahl zwischen zwei großen politischen Lagern: zwischen dem Berlusconi-Block einerseits und dem Anti-Berlusconi-Lager andererseits.

Als Favorit auf den Wahlsieg Ende Februar gilt Pierluigi Bersani, Vorsitzender der PD, der als Spitzenkandidat der gemäßigt linken Allianz seiner Partei und der Partei Sinistra Ecologia Libertà (SEL – Linke, Ökologie, Freiheit) antritt. Bersani setzte sich in einer offenen Vorwahl – alle Sympathisanten des Mitte-Links-Bündnisses konnten sich beteiligten – im November/Dezember 2012 gegen mehrere Mitbewerber klar durch. Nicht nur verfügt er dadurch über eine unumstrittene Legitimation; die Vorwahl mit 3,2 Millionen Beteiligten wurde für die PD auch zur Gelegenheit, erneut enttäuschte und skeptische Anhänger wieder zu mobilisieren. Dies schlug sich umgehend in einem deutlichen Aufschwung der PD in den Umfragen auf über 30 % nieder. Im Wahlkampf agiert die Partei äußerst vorsichtig, mit der Linie, »keine unhaltbaren Versprechen« machen zu wollen. Die PD stellt einerseits die Fortsetzung des von Mario Monti eingeleiteten Stabilitätskurses in Aussicht; andererseits will sie ein stärkeres soziales Ausräumen der Krisenlasten, zum Beispiel durch eine progressive Gestaltung der Grundsteuer oder durch eine Verschärfung des Kampfes gegen die endemische Steuerhinterziehung. Zudem fordert sie, dass neben die nötigen Sparmaßnahmen Wachstumsimpulse treten, um die rezessiven Effekte eines reinen Sparkurses zu verhindern. Keinen Zweifel lassen Pierluigi Bersani und die PD jedoch daran, dass das Vertrauen der europäischen Institutionen und der Finanzmärkte in Italien eine unabdingbare Voraussetzung für die Konsolidierung des Landes ist. Die gemäßigte Links-Allianz unter Führung der PD liegt in den letzten Meinungsumfragen bei etwa 35 %.

Auch das gemäßigte Mitte-Rechts-Lager unter Mario Monti, das sich unmittelbar vor den Wahlen neu formiert hat, setzt auf eine klar pro-europäische Linie. Mario Monti unternahm mit seinem erst im Dezember 2012 unternommenen Schritt vom »Techniker« zum Parteipolitiker den Versuch, in Italien endlich eine »saubere«, seriöse, gemäßigte und in Europa verankerte Rechtskraft gegen den bisher in diesem politischen Segment dominierenden

Populismus Silvio Berlusconis zu etablieren. Die Kontinuität mit den rigiden Sparmaßnahmen seiner eigenen Regierung, die Notwendigkeit zudem, weitere Liberalisierungsschritte etwa auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen, stehen im Mittelpunkt seines Programms. Der erhoffte Durchbruch auf der Rechten gelang Monti und seinen Verbündeten jedoch nicht: Seine Allianz kann nach allen Meinungsumfragen im Zeitraum Januar-Februar 2013 auf nur etwa 15 % der Wähler hoffen.

Einen vordergründig überraschenden Aufschwung erlebte dagegen Silvio Berlusconis populistische Rechte im Wahlkampf. Berlusconi gelang es, die Allianz seiner Partei Popolo della Libertà (PdL – Volk der Freiheit) mit der rechtspopulistisch-fremdenfeindlichen Lega Nord wieder aufzulegen. Vor allem aber gelang es ihm, sich zum zentralen Opponenten rigider Austeritätspolitik und eines »deutschen Europa« aufzuschwingen. Seine eigene Regierung hatte zwar bis zum November 2011 ebenso wie anschließend seine Partei unter der Regierung Monti alle entscheidenden Sparmaßnahmen mitgetragen. Im Wahlkampf aber wechselte Berlusconi radikal die Linie. Für die Krise macht er nun vor allem den »verfehlten Kurs« der EU, die unter deutschem Diktat handle, verantwortlich. Berlusconi verspricht, im Falle eines Wahlsiegs bekomme Kanzlerin Angela Merkel »eine andere Musik gespielt« – und zudem verspricht er unmittelbar Steuergeschenke: Abschaffung der gerade erst wieder eingeführten Grundsteuer, ja ihre Rückerstattung für das Jahr 2012, Abschaffung der Gewerbesteuer binnen fünf Jahren und eine deutliche Senkung der Einkommenssteuer. Zwar kann er nicht mehr darauf hoffen, wie noch im Jahr 2008 mit seiner Partei etwa 37 %, mit seinem Bündnis gar 47 % zu gewinnen, doch die jüngsten Meinungsumfragen lassen ein Resultat von 27–30 % möglich erscheinen.

Klar europaskeptisch positioniert sich auch die vierte Kraft im Wahlkampf, die Protestliste Movimento 5 Stelle (M5S – 5-Sterne-Bewegung) unter dem Komiker Beppe Grillo. Grillo hat diese Bewegung in den letzten Jahren mit oft demagogischer Polemik gegen die »Altparteien« und die »Politikerkaste« aufgebaut. Ursprünglich war ihr Hauptreservoir im Lager enttäuschter Linkswähler zu finden, die zum Beispiel mit Umwelt- und Bürgerrechtsthemen angesprochen werden. Zunehmend aber ist es Grillo gelungen, mit seiner Anti-Parteien-Polemik und mit seinen Ausfällen gegen die Sparpolitik auch in die Wählerschaft der Berlusconi-Rechten und der Lega Nord einzubrechen. Europäische Verträge wie den Fiskalpakt stellt

Grillo offen zur Disposition, zu einem eventuellen Ausstieg aus dem Euro kann er sich auch ein Referendum in Italien vorstellen. Koalitionen mit den anderen Parteien schließt er kategorisch aus und reserviert damit seiner M5S bei dem als sicher geltenden Einzug ins Parlament die Rolle einer Fundamentalopposition. In allen Umfragen liegt M5S stabil bei 15–18 % der Stimmen.

3. Vier mögliche Szenarien nach der Wahl

Zwei völlig gleichberechtigte Kammern, die aber nach unterschiedlichem Wahlrecht bestimmt werden: Italien leistet sich auch diese bizarre Besonderheit, die Vorhersagen über den Ausgang des Votums jenseits der Unwägbarkeiten der politischen Stimmung weiter erschwert.

Sowohl die Wahl des Senats als auch die Wahl des Abgeordnetenhaus erfolgt nach einem Proporzsystem, das durch einen Mehrheitsbonus für die stärkste Allianz korrigiert wird. Im Abgeordnetenhaus wird dieser Bonus auf der Basis des nationalen Resultats vergeben. Die stärkste politische Kraft erhält hier automatisch 54 % der Sitze und hat damit eine sichere Mehrheit. Anders ist die Situation jedoch im Senat: Dort wird der Mehrheitsbonus Region für Region vergeben, womit es weit schwieriger wird, in diesem Haus eine absolute Mehrheit der Sitze zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund sind vier Szenarien denkbar:

- Die Mitte-Links-Allianz unter Pierluigi Bersani, in allen Meinungsumfragen die stärkste Kraft, erobert die Mehrheit nicht nur im Abgeordnetenhaus, sondern auch – dank des Gewinns der italienischen Schlüsselregionen – im Senat. Für diesen Fall könnte sie alleine eine Regierung bilden; Bersani hat jedoch erklärt, dass er selbst bei einer eigenen Mehrheit eine Koalition mit dem Monti-Lager nicht ausschließt, da die schweren Herausforderungen in der gegenwärtigen Krise in seinen Augen eine möglichst breite Mehrheit wünschenswert erscheinen lassen.
- Die Mitte-Links-Allianz hat zwar die Mehrheit im Abgeordnetenhaus, dem Berlusconi-Lager gelingt es jedoch, zwei oder drei der größeren Regionen wie der Lombardei, dem Veneto, Sizilien oder Kampanien zu erobern. In diesem Falle wäre eine Koalition zwischen der gemäßigten Linken und dem Monti-Lager unausweichlich.

- Silvio Berlusconis Rechte ist beim Votum für den Senat so erfolgreich, dass zwar die gemäßigte Linke das Abgeordnetenhaus kontrolliert, im Senat aber selbst im Bündnis mit Monti keine Mehrheit gegen die Berlusconi-Rechte und gegen die Protestliste Beppe Grillos hat. In diesem Falle wäre jedwede Regierungsbildung auf das Placet Berlusconis angewiesen.


- Silvio Berlusconi gelingt es, im Schlussspurt des Wahlkampfes das Blatt noch zu wenden und die Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu erobern. Auch er hätte aber angesichts des hohen Gewichts der M5S-Protestliste kaum Aussichten auf eine Mehrheit im Senat.

4. Fazit: Eine Wahl zwischen Stabilität im Zeichen Europas und Instabilität im Namen der Europaskepsis

Es liegt einerseits auf der Hand, dass die Italienerinnen und Italiener bei dieser Wahl, eingezwängt zwischen der tiefen Krise und den europäischen Sparvorgaben, recht wenig über die politischen Optionen ihres Landes entscheiden können: Erweiterte Handlungsspielräume jeder Regierung werden sich unabhängig von ihrer Zusammensetzung in der Zukunft weitgehend auf europäischer Ebene entscheiden, etwa wenn dort Beschlüsse zu einer zeitlichen Streckung oder zu einer mildereren Ausgestaltung der Sparzwänge fallen sollten.

Andererseits ist aber auch offensichtlich, dass das am 24. und 25. Februar anstehende Votum extrem folgenreich für Italien sein kann. Nur im Falle eines Sieges der gemäßigten Linken oder eines Resultates, das eine Koalitionsregierung zwischen ihr und dem gemäßigten Mitte-Rechts-Block unter Mario Monti erlaubt, kann Italien darauf hoffen, nicht erneut zum Objekt offenen Misstrauens der Finanzmärkte, der EU-Institutionen und der europäischen Staatskanzleien zu werden. Pierluigi Bersani und Mario Monti haben sich auf diesem Feld klar positioniert: Sie stehen für die Zuverlässigkeit Italiens in Europa.

Völlig anders lägen die Dinge, wenn es Silvio Berlusconi auch nur gelänge, eine Sperrminorität im Senat zu erobern. Zwar hat Berlusconi in seinem Handeln erst als Regierungschef bis November 2011, dann als Führer der größten die Regierung Monti im Parlament stützenden Fraktion immer de facto die europäischen Vorgaben akzeptiert. Doch weltweit wurde er zugleich – dank seiner



Skandale, aber auch dank seiner Passivität im Angesicht der Euro-Krise – zum Symbol italienischer Unzuverlässigkeit. Im Wahlkampf tat er mit seinen gegen die »europäischen Diktate« und gegen »Merkel-Europa« gerichteten Ausfällen alles, um dieses Misstrauen weiter zu steigern.

Vor diesem Hintergrund wäre ein Votum, das Berlusconi auch nur eine Sperrminorität im Senat – ganz zu schweigen von einer Mehrheit im Abgeordnetenhaus – ein-

räumt, in den Augen der internationalen Öffentlichkeit das völlige Dementi des mit dem Rücktritt Berlusconis im November 2011 eingeschlagenen Wegs zur Stabilisierung und zu internationaler Vertrauenswürdigkeit. Ein solches Votum würde das Land einer gravierenden internationalen Vertrauenskrise und damit ökonomischen ebenso wie politischen Erschütterungen aussetzen. Zudem hätte es womöglich weitreichende negative Folgen auch auf den weiteren Verlauf der Euro-Krise insgesamt.



Über den Autor

Michael Braun ist Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rom.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa/Nordamerika |
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin Referat Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>

E-Mail:
ID-INFO-WENA@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-472-3